

ALLGEMEINES

Neues Positionspapier des IFSW. Der Internationale Verband der Sozialarbeiter:innen (IFSW) hat am 1. Juni dieses Jahres auf seiner Internetseite ein Positionspapier zur Rolle der Sozialen Arbeit bei der Förderung des sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Wandels im Sinne der von den Vereinten Nationen am 25. September 2015 mit der Agenda 2030 verabschiedeten „Ziele für nachhaltige Entwicklung“ veröffentlicht. Um Anhaltspunkte für entsprechende Anstrengungen zu geben, ruft der IFSW Fachkräfte der Sozialen Arbeit dazu auf, auf lokale Möglichkeiten und Lücken hinsichtlich der Implementierung der Ziele hinzuweisen, mit anderen Berufen, Partner:innen, sozialen Bewegungen und Interessenvertreter:innen zu kooperieren und die Klimagerechtigkeit durch umweltfreundliche Konzepte zu fördern. Wichtig seien auch eine globale politische Zusammenarbeit, eine Integrierung der UN-Ziele in die Lehrpläne von Ausbildungsgängen der Sozialen Arbeit sowie aktive Beiträge der IFSW-Mitglieder zu zukünftigen Programmen. Zu dem Positionspapier geht es unter <https://www.ifsw.org/social-work-and-the-united-nations-sustainable-development-goals-sdgs/>. Quelle: IFSW News vom 4.6.2021

Forderung nach Abschiebestopp für Afghanistan. Wie die im Auftrag der Diakonie Deutschland, Brot für die Welt und der Diakonie Hessen erarbeitete Studie „Erfahrungen und Perspektiven abgeschobener Afghanen im Kontext aktueller politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen Afghanistans“ ergab, drohen nach Afghanistan abgeschobenen Menschen Gefahr für Leib und Leben, Verelendung und Verfolgung, da ihnen wegen der Flucht nach Europa unter anderem Verrat, „Verwestlichung“ und Abkehr vom Islam vorgeworfen würden. Aufgrund der weitverbreiteten Kollektivhaftung stelle die Unterstützung der Betroffenen für deren Familien in Afghanistan eine erhebliche Gefahr dar, so dass diese den Kontakt mit den Abgeschobenen verweigern oder versuchen, diese zu verstecken. Eine Reintegration oder Existenzgründung der Rückkehrer:innen sei nahezu unmöglich und die meisten von ihnen befänden sich nach einer erneuten Flucht in verzweifelter Lage in Ländern wie Iran, Pakistan, Türkei und Indien. Angesichts dieser humanitären Notlage werden die Bundesregierung und die Bundesländer aufgefordert, einen generellen, bundesweiten Abschiebestopp für Afghanistan zu beschließen. Die Studie ist unter www.diakonie.de/journal/erfahrungen-und-perspektiven-abgeschobener-afghanen zu finden. Quelle: Pressemitteilung der Diakonie Deutschland vom 4.6.2021

Online-Projekt zum Thema Bildungsaufstieg.

In einem neuen digitalen Literaturprojekt berichten 18 Autor:innen, die durch Bildung gesellschaftlich aufgestiegen sind, über ihr Erleben des dadurch entstandenen Klassenübergangs. Auf der Internetseite www.checkyourhabitus.com

finden sich jeweils drei fragmentarische Impressionen zu 21 Facetten dieser Reise, die sich teils aus postmigrantischen Perspektiven mit dem Wechseln zwischen den sozialen Welten und mit dem Gefühl des Fremdseins im eigenen Leben auseinandersetzen. Im Einzelnen geht es beispielsweise um elterliche Glaubenssätze und Redewendungen, um Selbstzweifel, um die Bedeutung von Sprache, um die Familie, um das Thema Partnerschaft und um die soziale Situation. Auch Emotionen wie Trauer, Verrat und Scham sowie die Selbstbeschreibung der Hochstapelei werden verbalisiert. Die Beiträge sind in den Sprachen Englisch, Spanisch, Russisch, Französisch, Türkisch und Deutsch abrufbar. Quelle: www.checkyourhabitus.com

SOZIALES

Webseiterstellung für den sozialen Bereich. Für das Förderprogramm „Soziales online“ sucht der Förderverein für regionale Entwicklung e.V. bundesweit neue Projektpartner:innen aus dem sozialen Bereich, um Auszubildenden und Studierenden die Möglichkeit zu bieten, unter Anleitung von Ausbilder:innen praktische Berufserfahrung bei der Gestaltung von Webseiten zu sammeln. Die erstellten Internetauftritte werden den jeweiligen Projektpartner:innen gegen Bezahlung der Kosten für die Webadresse und für den Speicherplatz zur Verfügung gestellt. Ein zentraler Bestandteil der Förderprogramme ist die Barrierefreiheit der Internetseiten. Nach Projektabschluss können die Projektpartner:innen noch bis mindestens 2030 einen kostenfreien telefonischen Webseiten-Support in Anspruch nehmen. Angesprochen sind Kommunen, Vereine, öffentliche und soziale Einrichtungen sowie kleinere Unternehmen. Weitere Informationen und einige Beispiele von Websites, die im Rahmen der Azubi-Projekte entstanden sind, finden sich unter www.azubi-projekte.de. Quelle: Pressemitteilung des Fördervereins für regionale Entwicklung e.V. vom 9.6.2021

Änderungen der Strom- und Gasgrundversorgungsverordnung geplant. Laut der Bundesdrucksache 397/21 vom 10. Mai dieses Jahres plant das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie einige Änderungen der Strom- und Gasgrundversorgungsregelungen. So sollen Strom- und Gassperren nicht mehr ab 100 Euro Verzug, sondern ab zwei Monatsraten Verzug stattfinden. Vorgesehen ist zudem eine Pflicht zum Angebot einer Ratenzahlungsvereinbarung zur Tilgung von Energieversorgungsschulden sowie eine Informationspflicht über „Möglichkeiten zur Vermeidung der Unterbrechung“ mit Hinweisen auf staatliche Unterstützungsoptionen oder auf eine Schuldner:innen- beziehungsweise Sozialberatung. Der Referent für Arbeitslosen- und Sozialhilferecht mahnt an, es bedürfe weiterer Änderungen. Zum einen müssten die Regelbedarfe bedarfsdeckend ausgestaltet werden oder die Energiekosten den Unterkunftsosten zugeordnet werden. Zum anderen müsse

die „Kann“-Regelung bei der Übernahme von Energieversorgungsschulden in eine Rechtsanspruchsregelung umgewandelt werden. Näheres unter <https://t1p.de/lgoM>. Quelle: Thomé Newsletter 21/2021 vom 6.6.2021

GESUNDHEIT

Stellungnahme zur Pflegereform. Laut der am 2. Juni dieses Jahres vom Bundeskabinett beschlossenen Pflegereform sollen ab dem 1. September 2022 nur noch solche Pflegeeinrichtungen mit der Pflegekasse abrechnen können, die Tariflöhne oder Löhne in mindestens gleicher Höhe bezahlen. Vorgesehen ist weiterhin, die Heimbewohner:innen nach 24 Monaten Aufenthalt um 410 Euro und nach 36 Monaten um 638 Euro zu entlasten und einen bundeseinheitlichen Personalschlüssel vorzugeben, der Einstellungen zusätzlicher Pflegkräfte ermöglicht. Zu dem Entwurf haben zahlreiche Verbände Stellung bezogen, darunter die Diakonie, die anmerkt, es müssten noch verbindliche Personalbemessungsrichtlinien folgen. Außerdem sei es wichtig, die stark gestiegenen Eigenanteile der Pflegebedürftigen zu deckeln und die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte deutlich zu verbessern. Quelle: Pressemitteilung der Diakonie Deutschland vom 2.6.2021

Onlineberatung für die Schwangerschaft. Für schwangere oder eine Schwangerschaft planende Frauen, die rauchen oder Alkohol trinken und den Konsum der für das ungeborene Kind schädlichen Genussmittel beenden wollen, hat die Sektion Suchtmedizin und Suchtforschung des Universitätsklinikums Tübingen die kostenlose und anonyme IRIS-Onlineberatung entwickelt. Unter der Internetanschrift www.iris-plattform.de finden sich drei unterschiedliche Programme für Frauen, die mit dem Rauchen, mit dem Alkohol oder mit beidem aufhören wollen. Dabei steht das Akronym IRIS für das Projekt „individualisierte, risikoadaptierte internetbasierte Intervention zur Verringerung des Alkohol- und Tabakkonsums bei Schwangeren“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Die drei genannten Programme bestehen jeweils aus einer Vorbereitungsphase, einer Aufhörphase und einer Erhaltungsphase. Ergänzend kann über einen Chat eine persönliche psychologische Beratung in Anspruch genommen werden. Zur Anmeldung geht es unter www.iris-plattform.de/login/. Quelle: Pressemitteilung der BZgA vom 7.6.2021

JUGEND UND FAMILIE

Studie zur Nichterfüllung der Unterhaltpflicht. Auf der empirischen Grundlage der DJI-Alleinerziehendenstudie aus dem Jahr 2016 untersuchten des Deutschen Jugendinstitut (DJI) und die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, wie viele Kinder von einer Nichterfüllung der Unterhaltpflicht betroffen sind und welche Gründe für den Zahlungsausfall vorliegen. Wie die Ergebnisse der Arbeit 7.2021

Die Präsenzveranstaltungen finden vorbehaltlich der zum Veranstaltungstermin geltenden Hygiene-regelungen statt.

20.10.2021 *Online.* Interdisziplinäre Perspektiven der adressat:innenorientierten Folgenforschung. Information: DFG-Graduiertenkolleg der Universität Siegen ‚Folgen sozialer Hilfen‘, Hölderlinstraße 3, 57075 Siegen, E-Mail: folgensozialerhilfen@uni-siegen.de

28.10.2021 Arbon (Schweiz). Bodenseetagung 2021. Soziale Arbeit 2030 – nachhaltig und umfassend. Information: u. a. OST – Ostschweizer Fachhochschule, Oberseestrasse 10, 8640 Rapperswil (Schweiz), E-Mail: info@ost.ch

28.-29.10.2021 Zürich (Schweiz). Peerbeziehungen im Jugendalter. Internationale Fachtagung. Information: Universität Zürich, Institut für Erziehungswissenschaften, Freiestraße 36, 8032 Zürich (Schweiz) E-Mail: viviane.eggenberger@ife.uzh.ch

19.-21.10.2021 Bergisch-Gladbach. Arbeitsangebote in Zeiten der Pandemie. Erfahrungen, Chancen und Herausforderungen für die Arbeit. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W), Waidmannsluster Damm 37, 13509 Berlin, Tel.: 030/2 84 45 37 0, E-Mail: info@bagw.de

4.11.2021 *online.* Cybergrooming, Sexting, Pornokompetenz – Themen für die Jungenarbeit. Information: LAG/Fachstelle Jungenarbeit NRW, c/o Union Gewerbehof, Huckarde Straße 12, 44147 Dortmund, Tel.: 0231/53 42 17 4, E-Mail: info@lagjungenarbeit.de

4.-5.11.2021 *online* oder Präsenz. Barcamp Soziale Arbeit. Information: u. a. Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e. V., Georgstraße 7, 50676 Köln, Tel.: 0221/20 10 10 0, E-Mail: team.sozialcamp@bonn.digital

9.-11.11.2021 *online.* Berliner Pflegekonferenz. #Virtuell.Fokussiert.Pflege. Information: Organisationsbüro der Berliner Pflegekonferenz, c/o spectrumK GmbH, Spittelmarkt 12, 10117 Berlin, Tel.: 030/58 69 45 11 0, E-Mail: info@berliner-pflegekonferenz.de

10.-11.11.2021 Nürnberg. Den Menschen im Blick – mehr denn je! ConSozial. Fachmesse und Kongress der Sozialwirtschaft. Information: Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS), c/o Messe Nürnberg, Messezentrum 1, 90471 Nürnberg, Internetadresse: www.consozial.de

11.11.2021 Dornbirn (Österreich). Jahrestagung ÖKSA: Digitalisierung in der Sozialen Arbeit. Herausforderungen und Potentiale. Information: Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit (ÖKSA), Geigergasse 5, 1050 Wien (Österreich), Tel.: +43 01/548 29 22, E-Mail: office@oeska.at

nisse zeigen, bekommt nur knapp jedes vierte Kind in einer Alleinerziehendenfamilie einen Unterhalt, dessen Höhe dem in der Düsseldorfer Tabelle festgelegten Mindestbetrag entspricht. Meist liege die Nichterfüllung der Unterhaltsverpflichtung an einem zu geringen Einkommen des getrennt lebenden Elternteils. In Bezug auf den im Jahr 1980 eingeführten Unterhaltsvorschuss bestehe Nachbesserungsbedarf, denn diese staatliche Leistung sei an die Bedingung gebunden, dass der alleinerziehende Elternteil mindestens 600 Euro pro Monat verdiene und nicht von Sozialtransfers abhängig sei. Außerdem würden Kinder, die einen Unterhaltsvorschuss beziehen, durch die vollständige Anrechnung des Kindergeldes benachteiligt. Mehr im Internet unter www.dji.de. Quelle: Pressemitteilung des DJI vom 9.6.2021

Stellungnahme „Kindheit und Jugend in Zeiten von Corona“. Zentrales Anliegen der im Mai veröffentlichten Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums (BJK) ist eine nachhaltige Generationenpolitik, die Erfahrungen junger Menschen während der Covid-19-Pandemie anerkennt, die Folgen für Kindheit und Jugend bearbeitet und gleichberechtigte Zukunftschancen verwirklicht. Die Covid-19-Pandemie hat bestehende soziale Schieflagen, brüchige Infrastrukturen und daraus resultierende grundsätzliche sozialpolitische Herausforderungen wie durch ein Brennglas besonders sichtbar gemacht. Nachdem die Perspektiven junger Menschen erst spät im Verlauf der Pandemie in den Fokus gerückt sind, ist es an der Zeit, gemeinsam mit jungen Menschen aus unterschiedlichen Lebenslagen systematisch kurz-, mittel- und langfristige Strategien zu entwerfen und zielgerichtet sozial- und bildungspolitische Regulationen im Umgang mit der Krise auszustalten. Das BJK zieht in der Stellungnahme Schlussfolgerungen aus bisherigen Erkenntnissen, reflektiert, was aus der Pandemie für die zukünftige Kinder- und Jugendpolitik und die Infrastrukturen von Kindheit und Jugend nachhaltig gelernt werden kann und formuliert Empfehlungen, wie krisenfeste Strukturen verankert werden können. Mehr Informationen unter <https://www.bundesjugendkuratorium.de/stellungnahmen>. Quelle: Mitteilung der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik am Deutschen Jugendinstitut vom 2.6.2021

Einblicke in 100 Jahre Kinder- und Jugendhilfe am Beispiel Stuttgarts. Das Jugendamt Stuttgart hat anlässlich seines hundertjährigen Bestehens eine umfangreiche Online-Ausstellung erarbeitet. Anhand von Akten, Dokumenten und Bildmaterial zeigt das Stuttgarter Jugendamt wesentliche Aufgabenfelder der Kinder- und Jugendhilfe von ihren Anfängen 1921 bis heute. O-Töne von Zeitzeug:innen geben wertvolle Einblicke in die unterschiedlichen Arbeits- und Themengebiete des Jugendamtes. Diese Einblicke reichen von der Essensversorgung in Kitas bis hin zur Frage der Personalgewinnung. Dabei erhebt das Stuttgarter Jugendamt keinen Anspruch auf eine lückenlose chronologische Darstellung seiner hun-

dertjährigen Geschichte. Vielmehr stellt es seine Vergangenheit in Schlaglichtern und anhand ausgewählter Dokumente vor und ordnet diese mithilfe von kurzen Begleittexten ein. Zu sehen ist die Ausstellung unter: www.stuttgart.de/100-jahre-jugendamt. Quelle: Mitteilung der Landeshauptstadt Stuttgart vom 10.6.2021

AUSBILDUNG UND BERUF

200 Promotionen nach FH-Abschluss in Sozialer Arbeit. Die älteste noch vorhandene Datei mit einer Liste von Promotionen nach FH-Abschluss in Sozialer Arbeit datiert auf Oktober 2013 – nun sind 200 Arbeiten erreicht. Wir wollten mehrere Ziele mit dieser Liste erreichen: Zunächst sollten die zumeist frisch publizierten Arbeiten und ihr sonst verborgener Zusammenhang im Internet sichtbar werden. Dann ging es uns darum, ein Lernen am Modell zu ermöglichen: Promotionsinteressierte nach einem FH-Abschluss in der Sozialen Arbeit sollten sich Vorbilder für ihr Projekt suchen können; auch deswegen wurden die Arbeiten in der Promotionsrundmail erwähnt, und wir hatten die Autor:innen gebeten, ihre Mailadresse zur Verfügung zu stellen, um ansprechbar zu sein. Drittens ging es uns darum, das Potenzial von FH-Absolvent:innen deutlich zu zeigen und einer zukünftigen genuinen Disziplin Sozialer Arbeit zuzuarbeiten. Für diese Ziele sammeln wir weiter Promotionen, die nach einem grundständigen FH-Abschluss in Sozialer Arbeit entstanden sind (unabhängig von der Bezugswissenschaft, in der dann promoviert wurde). Auch Hinweise auf ältere Arbeiten sind uns willkommen! Die Liste ist online verfügbar unter <https://www.dgsa.de/fachgruppen/promotionsfoerderung/>. Quelle: Mitteilung von Prof. Dr. habil. Rudolf Schmitt (r.schmitt@hszg.de) und Prof. Dr. Katrin Liel (katrin.liel@haw-landshut.de)

GESIS-Datenarchiv wurde aufgeteilt. Das im Jahr 1960 gegründete GESIS-Datenarchiv für Sozialwissenschaften hat sich in zwei neue Sektionen aufgeteilt. Dies sind die Abteilung „Data Services for the Social Sciences (DSS)“ mit ihrem Zugang zu auffindbaren, zugänglichen, interoperablen und wiederverwendbaren Daten für die empirische Sozialforschung, einschließlich des Zugangs zu sensiblen Daten. Die DSS bietet Archivierungsdienste für einzelne Forscher:innen und Institutionen, eine Datenregistrierung mit der Datenregistrierungsagentur daFRA und Datenmanagement-Schulungen. Die zweite Abteilung, die „Survey Data Curation (SDC)“, bereitet Forschungsdaten für die sofortige Verwendung zu Forschungs- und Lehrzwecken auf, wobei reichhaltige domänen spezifische Metadaten und mehrsprachige Daten und Dokumentationen in verschiedenen Formaten vorbereitet werden. Das Angebotsspektrum der SDC umfasst internationale Umfragen, verknüpfte Umfrage daten sowie Daten zu Wahlen und Demokratie. Siehe auch www.gesis.org (Institut/Abteilungen). Quelle: Pressemitteilung des GESIS – Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften vom 1.6.2021